

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 20 (1979)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Die Dissidenten und wir : zwischen Menschenrechtskampagne und "Entspannung" gegenüber dem Totalitarismus  
**Autor:** Razumovsky, Andreas  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094833>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Andreas Razumovsky

# Die Dissidenten und wir

Zwischen Menschenrechtskampagne und «Entspannung» gegenüber dem Totalitarismus

Hier ist der Text des Gastvortrages, den Andreas Razumovsky, früherer Osteuropa-Berichterstatter (und heutiger Pariser Korrespondent) der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung», bei der Jubiläumsversammlung «20 Jahre Schweizerisches Ost-Institut» am 14. 9. 1979 im Berner Rathaus gehalten hat.

Zwei Elemente sind es, die das prekäre und an Gefährlichkeit nicht nachlassende Verhältnis des freien Westens zum sowjetischen Imperium vor unseren Toren in den letzten Jahren bestimmt und bewegt haben: die Notwendigkeit der Friedenserhaltung und die wachsende Erkenntnis, dass der Friede allein, also die vielleicht nur vorläufige Abwesenheit von Krieg, nicht genügt.

Im Interesse der Friedenserhaltung haben wir eine Entwicklung hinter uns, welche die Sowjetunion in die Verantwortung für den Weltfrieden hat hinein-zwingen wollen und sie durch mannigfache wirtschaftliche Verflechtungen zu einem an der Erhaltung des Friedens zumindest teilweise interessierten Partner hat heranziehen wollen.

Diese Entwicklung führte, um allgemein gebrauchte Schlagwörter zu benutzen, vom «Kalten Krieg» zur «Entspannung». Diese *Entspannung*, von ihren Verfechtern in beiden Lagern auch *Normalisierung* genannt, hätte nach Kriterien der Vernunft und des beiderseitigen Vorteils – so wird das bei uns im allgemeinen dargestellt – in kleinen Schritten die vorhandenen Barrieren abbauen und sogar eines Tages eine Art allgemeinen Durchbruchs der Vernunft erzielen sollen.

Wenn wir uns schon darüber einig sind, heisst in kurzer Formel etwa diese künftige Vernunfts-Ordnung, dass Krieg nur als totaler Vernichtungskrieg vorstellbar ist und daher etwas unter allen Umständen zu Vermeidendes ist, muss diese Einsicht zwangsläufig zu einem kooperativen Miteinander führen, bei gewiss strengster Beachtung der Rechte jeweils des Partners auf seine Besonderheiten. Eine Lockerung aller Gegensätze, aufgrund des näheren Kennenlernens, des Informations- und Meinungsaustausches in pragmatischen Dialogen, werde das Misstrauen abbauen und schliesslich die Entspannung bringen. Wir erinnern uns hier des Wahlslogans, mit dem 1969/70 die SPD Willy Brandts ihr aussenpolitisches Konzept populär machte: «*Ausgleich und Normalisierung mit der Sowjetunion wie unter Adenauer mit Frankreich.*»

Gegen die hinter diesem Konzept steckenden *Wünsche* ist gewiss nichts einzuwenden. Ihrer Erfüllung steht aber entgegen, was man freilich auch vorher schon hat wissen können, dass die Sowjetführer in anderen Kategorien denken und daher auch unter «Entspannung», «Normalisierung» und ähnlichen Begriffen etwas völlig anderes verstehen als wir.

Und dazu kommt, dass der *Frieden*, den die Sowjetführer, wie die Führer auch all der anderen von Moskau beherrschten Staaten, ihren Völkern anzubieten haben, diesen Völkern auf die Dauer nicht genügt.

Für diese Völker, oder sagen wir für die uns hier interessierenden Sprecher ihrer Intelligenz, bedeutet der innere Frieden des totalitären Sowjetstaates, mit seiner extrem ungleichen Verteilung der politischen Willensbildung und Befugnis zum politischen decision making, eine nicht mehr erträgliche und daher abzuschaffende Ordnung. Die polizeistaatliche Pax sovietica mit ihren bekannten Einrichtungen, die alle zusammen nur dem einen Zwecke dienen, die Herrschaft einer Personengruppe zu sichern, wird in Frage gestellt.

Die Tätigkeit dieser *Dissidenten* und Oppositionellen innerhalb des Ostblocks ist, dies muss hier zunächst festgestellt werden, eine echte Gefahr für den Bestand, für die Aufrechterhaltung des totalitären Sy-

stemes. Dieses ist zwar allmächtig, aufgrund seiner extrem ungläubwürdigen ideologischen Rechtfertigung aber auch extrem verletzlich: Die Einrichtungen, die dem System zu seiner Aufrechterhaltung nötig und nützlich sind – also die Information, die Polizei und Justiz, die Geschlossenheit der Grenzen usw. –, die zusammen erst das *totalitäre Syndrom* ergeben, sind jede einzeln für sich leicht angreifbar. Und jeder einzelne Angriff kann sich unter Umständen – wir haben es ja schon an vielen Präzedenzfällen studieren können – zu einer tödlichen Gefahr für das System selbst auswachsen.

Die Opposition innerhalb des totalitären Systems ist ein völlig natürliches Phänomen. In jeder Gesellschaft, in der Menschen unterdrückt werden, entwickelt sich Opposition. Sie entsteht von selbst, auch ohne etwa *unser* Zutun.

Und genau das sollte unsere besondere Aufmerksamkeit auf sich ziehen: nur dann können wir die dialektischen Zusammenhänge zwischen «Entspannung» und Dissidententum innerhalb des Ostblocks verstehen. Die Hoffnungen und konkreten Pläne der Opposition innerhalb des Sowjetimperiums sind auf den Westen zu ausgerichtet. Aber sie sind ohne das Zutun des Westens entstanden, man kann sogar sagen: mitunter oder teilweise auch gegen den Willen des Westens.

Der Westen ist schon durch sein blosses Vorhandensein als nicht bloss reiche, sondern vor allem als freie Welt für die Opposition im Osten ein Wunschbild, ein – vielfach mit der Realität nicht übereinstimmendes – Bild von einem Paradies oder vielmehr Schlaraffenland, für die staatsrechtlich und ernsthaft politisch Denkenden unter ihnen (Sacharow,

---

Können wir uns den Frieden auf Kosten der totalitär versklavten Völker erkaufen? Es wäre ein Fehler, die Frage nur moralisch zu stellen; es geht nämlich auch um die effektive Möglichkeit. Und sogar so gestellt ist diese Frage im Gegensatz zur landläufigen Meinung vermeintlicher Realpolitiker zu verneinen.

Das totalitäre Imperium führt nicht nur militärische Expansionskriege in der Dritten Welt, sondern hat auch den Belagerungszustand, die interne Kriegsordnung, bei sich zu Hause. Die Opposition ist erwacht und wächst; sie ist auch immer weniger gesonnen, sich zur Beruhigung des Westens in ihre Unterdrückung zu schicken. Für die Machthaber wiederum bedeuten demokratische Ideen eine Bedrohung ihrer Existenz. Und es ist das Axiom der Diktatur, dass feindliche Ideen ein Import von aussen sind. Damit wächst das Bedürfnis, nach aussen auszuschlagen; es wächst die Kriegsgefahr. Und die machtmässige Schwächung des Westens lädt die Sowjetunion geradezu ein, ihre Krisenbewältigung bei uns zu versuchen.

Die Dissidenten im Sowjetlager sind zu lange bestenfalls Objekt unseres Mitleids gewesen. Es wird Zeit, ihre Forderungen ernst zu nehmen, die mit der Unterdrückungsordnung der Pax sovietica unvereinbar sind.

Amalrik, für die Tschechen und viele Polen, für diejenigen also, die wissen, wie Demokratie funktioniert und welche Vorteile sie bietet) jedenfalls aber ein Vorbild und Leitbild.

Solange Nachrichten aus der freien Welt in die unfreie Welt gelangen, und seien sie auch noch so sporadisch und verzerrt, solange wird qualitativ und quantitativ die Sehnsucht der Unterdrückten, in solcher Freiheit auch leben zu dürfen, eine ähnliche Welt wenigstens für die Kinder und Enkel zu errichten, immer grösser werden.

Für die Machthaber jener Staaten aber, die sehr wohl wissen, was bei uns auch Staatsmännern und politischen Leitartiklern vielfach unbekannt ist, dass es keinen gleitenden Uebergang von ihrem System zu einer Demokratie gibt oder geben kann, wird, je mehr diese Wünsche in ihren Völkern sich verbreiten, der Ratschluss näher zu liegen kommen, dass es mit der Bekämpfung der Auswirkungen, der Ausstrahlungen, der Metastasen also des Westens im eigenen Machtbereich nicht mehr sein Genügen haben kann.

Gerade die Bildung dieser Metastasen aber wird allerdings durch die «Entspannung» äusserst rasch vorangetrieben.

Die durch den «Korb 3», durch die den Menschenrechtsfragen gewidmeten Teile des Schlussdokumen-

### Kann eine Normalisierung beidseitig sein, wenn die beiden Seiten sie gegensätzlich verstehen?

tes von Helsinki 1975 entstandenen Erwartungen haben zunächst eine fast explosive Ausweitung der Hoffnungen auf Änderungen in den Ostblockländern nach sich gezogen. Noch zusätzlich zu dem schon von den Machthabern als geradezu unerträgliche Herausforderung empfundenen Ansinnen einzelner Bürger und ganzer Volksgruppen, das Recht auf freie Ausreise reklamieren zu dürfen, sind noch wesentlich gefährlichere Bürgerrechtsbewegungen entstanden, die nicht vom Verlassen des Landes sprechen, sondern kaum verhohlen die Umgestaltung des Herrschaftssystems selbst fordern. Und zwar unter ausdrücklicher Berufung auf die «Entspannung» und auf die von dieser eingeleitete Diskussion und auf die auf ihr basierende Kodifizierung in den Dokumenten von Helsinki.

Für die Sowjets, die ja als Initiatoren der Helsinki-Konferenz ganz andere Vorstellungen vom Verlauf der Verhandlungen hatten und sich von ihnen zu-

### Die Sowjetunion bietet uns einen Frieden an, gegen den sich die Völker ihres Imperiums auflehnen.

nächst eine wesentliche Vergrösserung und Ausweitung ihres Mitspracherechtes in unseren Angelegenheiten, in den Angelegenheiten Westeuropas versprochen haben, stellt sich die Menschenrechtsfrage als eine echte Bedrohung heraus.

Die Sowjetunion ist heute die stärkste Militärmacht der Welt; sie steht mit einigen Dutzenden von Panzerdivisionen vor unserer Haustür, und sie steht vor dem Problem, dass mit zunehmender Entspannungspolitik die Aggressivität ihrer Feinde im Innern aus den moralischen Reservaten des Westens genährt wird und sich rasch potenziert. Es rückt also die Argumentation jener Gruppe der Krenmlführung, die wir stark vereinfachend als die «Falken» bezeichnen, in das Feld der Plausibilität, die da sagen, wir müssen

### Die Opposition im Sowjetlager hofft auf den Westen. Aber sie ist ohne sein Zutun entstanden, zum Teil gegen seinen Willen.

den Unruheherd selbst bekämpfen, die Krebsgeschwulst selber herausoperieren, wenn wir an den Metastasen nicht zugrunde gehen wollen.

Aus dieser deutlich genug sich abzeichnenden Logik folgt: Je eifriger wir im Westen uns die Entspannungsideologie zu eigen machen, je enthusiastischer wir von uns aus auf dieser «Normalisierung», auf der Annäherung der «kleinen Schritte» bestehen, desto mehr beschleunigen wir den Moment, an dem die Sowjets aus dem Stand und über Nacht uns überrollen.

Natürlich ist gerade unter den wirklich verantwortlichen Urhebern einer weltweiten Entspannungspolitik dieser Effekt vorausgesehen und gründlich studiert worden. Ich meine damit nicht so sehr unsere europäischen Politiker als vielmehr die Amerikaner, die in globalen Sandkastenmanövern denken Strategen des Weltfriedens schon der Kennedy-Ära und dann vor allem Henry Kissinger.

Wie diese Leute denken und planen, geht mit jeder nur gewünschten Deutlichkeit und Konsequenz hervor aus jenen berühmten Äusserungen des Beamten und Chefberaters im State Secretariat Kissingers, Helmut Sonnenfeldt, der damals, es ist erst drei Jahre her, der «Kissinger Kissingers» genannt wurde. Ein Protokoll streng vertraulicher Äusserungen Sonnenfeldts gegenüber Wirtschaftsführern und Diplomaten Amerikas aus dem Winter 1975/76 war später indiskreterweise an die Öffentlichkeit gekommen, und ihr Inhalt heisst seit damals die «Sonnenfeldt-Doktrin».

Nach dem Text der Sonnenfeldt-Äusserungen, den die «International Herald Tribune» vor zwei Jahren, am 12. April 1976, veröffentlichte, ist das weitfristige Ziel der amerikanischen Ostpolitik genau unsere vorhin definierte Friedenspolitik: Als die grösste Gefahr für Frieden und Entspannung in Europa wird dort, völlig richtig, die «bisher nicht abgebaute Feindschaft der unterdrückten osteuropäischen Völker gegenüber dem kommunistischen Zwangssystem» erkannt. Zu einer echten Entspannung könne es überhaupt nur kommen, meint Sonnenfeldt durchaus logisch und innerhalb des utopischen Konvergenzdenkens konsequent, wenn die Sowjets künftig weniger Angst um ihre bedauerlicherweise immer noch auf «sheer military power» beruhende Herrschaft über Osteuropa hegen müssten. Es sei also die Pflicht der auf langfristige Normalisierung abzielenden Aussenpolitik Washingtons, mit dazu beizutragen, dass das Los der unter dem Sowjetsystem leidenden Völker gelindert werde und dadurch das Verhältnis jener Völker zur Sowjetmacht allmählich «organischer» oder wenigstens «weniger unorganisch» werde, als es derzeit der Fall sei. Da nun einmal die – wegen der weiter sich verschärfenden Kriegsgefahr mit Priorität zu betreibende – Entspannung denkbar erst möglich werde, wenn der aus dem Aufbegehren und der Repression resultierende Druckzustand sich vermindere, müsse die amerikanische Politik fürderhin alles vermeiden, was einer Ernüchterung der oppositionellen, ohnehin zum Scheitern verurteilten Kräfte in jenen Ländern gleichkomme.

Ich zitiere Sonnenfeldt wörtlich: «Jeglicher übertriebene Eifer von unserer Seite würde notwendig Folgen nach sich ziehen, die den erwünschten Erfolg für eine weitere Zeitspanne verzögern müssten – auch dann, wenn der Prozess selbst im Laufe der nächsten hundert Jahre unvermeidlich wäre. Aber für uns wäre das selbstverständlich ohnehin eine zu lange Zeit.»

Diese Gedanken stammen von einem verantwor-

tungsbewussten Aussenpolitiker der grössten Macht des Westens. Er weiss, was er sagt, und es besteht kein Grund anzunehmen, dass heute die Carter-Administration wesentlich anders denkt, oder dass die Verantwortlichen in Bonn, Paris und London grundsätzlich anderer Meinung sind.

Ich halte sie aber dennoch für bedenklich, und zwar aus zweierlei Gründen. Erstens, sie sind zynisch und unmoralisch, und zweitens, sie entspringen einem politisch unkonkreten, weltfremden Denken.

Zynismus und Unmoral, in Grenzen, sind Bestandteil jeder klassischen Aussenpolitik und daher nur mit Einschränkungen anzukreiden. Solange nämlich Aussenpolitik nur als Wahrung, Verfolgung und eventuell Ausweitung von Ansprüchen und Interessen der Nationen verstanden wird – und etwas wesentlich anderes ist aus keiner Tradition auch der demokratischsten und liberalsten oder gar «christlichen» Staaten abzuleiten –, wird man zur zynischen Folgerung kommen, dass es eine moralische, eine «demokratisch-liberale oder gar «christliche» Aussenpolitik nicht gibt. Bedenklicher aber erscheint, dass dieser traditionelle Beamten- und Staatszynismus, dessen Vertreter sich ja so gerne auf erlauchte Vorbilder wie Talleyrand und Metternich, Disraeli und Bismarck berufen, den Verantwortlichen die Wahrnehmung, die Apperzeption der Ereignisse in den Partnerstaaten und des dort funktionierenden politischen Mechanismus verunmöglicht.

Jene Staatsmänner des vorigen Jahrhunderts, erfolgreiche Vertreter einer auf Vertretung und Verteidigung nationaler Interessen abgestellten Aussenpolitik, hatten es in ihren Auseinandersetzungen, die oft

### Die sowjetische Friedensordnung ist gleichzeitig eine polizeistaatliche Heimordnung, die von innen her anfechtbar ist. Darf man sich von aussen her auf sie verlassen?

genug bis zu Kriegen führten, mit ihrgleichen zu tun. Ihre Partner, ihre Feinde, vertraten eben Nationen, deren Interessen sie mit Politik oder – nach Clausewitz – mit der Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln, je nach Gelegenheit, wahrnahmen, verteidigten oder ausweiteten.

Erst unser Jahrhundert hat liberale, demokratische und freiheitliche Gesellschaften in lebensgefährliche, mörderische Konflikte mit totalitären Staaten geführt. Deren offiziell befugte Sprecher, die Partei- und Regierungschefs, deren Aussenminister, vertreten aber nicht die Interessen jeweils ihrer Nationen, sondern die Interessen des Systems totalitärer Herrschaft über ihre Nationen. Ich halte es für eine vitale, konkret politische Erkenntnis, dass, wer Politik mit totalitären Staaten, also mit Sklavengesellschaften, macht, wer da vor allem Entspannungspolitik betreibt, sich ganz klar sein muss, ob er «entspannt» – ob er sich «annähert» in mehr oder weniger «kleinen Schritten» – mit den Herren oder mit den Knechten.

### Dissidente sind eine echte Bedrohung des Systems, und sie sind Träger demokratischer Ideen. So betrachtet: Der Krieg gegen die Demokratien wird zur Fortsetzung der Dissidentenbekämpfung mit andern Mitteln.

**Im Unterschied zu vielen Politikern bei uns wissen totalitäre Machthaber, dass es keinen gleichenden Uebergang von ihrem System zur Demokratie gibt.**

Sie alle kennen die Parabel Orwells von der «Farm der Tiere», in der, nachdem die Tiere im Zuge ihrer Befreiungsrevolution die Menschen auf ihren Farmen getötet haben, ihre neuen Machthaber, die Schweine, eine «Politik der Entspannung», der Konvergenz, mit den Menschen auf den Nachbarhöfen lancieren, eine Politik, die in einem Schlussbankett endet, bei dem eine «bunte Reihe» von Schweinen und Menschen gebildet wird, und die wieder geknechteten Tiere von aussen durchs Fenster blicken und nicht mehr unterscheiden können, wer ein Mensch und wer ein Schwein ist.

Die Lehre, die Moral aus Orwells furchtbarer Parabel wird leider, je näher wir deren Verwirklichung wieder rücken, von vielen unserer Staatsmänner und Leitartikler ignoriert. Eine Verständigung per Konvergenz mit den Sklavenhaltern bedeutet die *Provokation der Versklavten*. In dem Masse also, als es durch Entspannung und Konvergenz zur «Normalisierung» kommt, treten die Vertreter der Sklaven uns gegenüber als Fordernde, als ihren Anteil an Unterstützung, Förderung und Interessenwahrnehmung Einklagende auf.

Und genau das ist ja der Punkt, den die orthodoxen Entspannungspolitiker wie Kissinger und Sonnenfeldt sowie deren Gegenstücke bei uns übersehen.

Ich habe ihre Vision vorhin eine Utopie genannt – es ist ja in der Tat nur eine optimistische oder eine euphemistische Variante der Orwellschen Utopie –, und das lässt sich am Verhalten der wichtigsten Dissidenten, Oppositionellen und Bürgerrechtskämpfer des Ostblocks beweisen: am Verhalten dieser Leute nicht nur im Kampfe gegen ihre eigenen totalitären

**Wachsende militärische Ueberlegenheit bei gleichzeitigem Wachstum des inneren Widerstandes bedeutet Verführung zum militärischen Kurzschluss. Die Annäherungswünsche des Westens beschleunigen das.**

Herrschafts-Maschinerien, sondern auch an ihrem Auftreten uns gegenüber.

Wie die Vertreter der Dritten Welt haben sie nämlich nicht mehr die Absicht, sich fürderhin uns gegenüber mit der Rolle untertäniger Bittsteller zu begnügen.

Die besten unter ihnen vertreten, wenn auch ohne Optimismus, Ideen, die von unserer westlichen Gesellschaftsordnung abgeleitet sind; sie treten als unsere «Sympathisanten» auf, hier bei uns und auch drüben in ihren Ländern. Sie sind unsere natürlichen Bundesgenossen, weil sie Gegner unserer Gegner sind. Wenn wir also die Entspannungspolitik einerseits und die Dissidenten- und Menschenrechtsbewegung andererseits als zwei aufeinander bezogene, einander stets beeinflussende, aber doch autonome und gelegentlich sogar durchaus antagonistische Bewegungen der letzten Jahre erkennen, dann werden wir genau in dem Masse, in dem wir zunehmend die Entspannung als problematisch, wenn nicht gar als eine Illusion erkennen, die Argumente, die politischen Standpunkte und Zielsetzungen der Dissidenten ernst nehmen.

Wie also, so wird folgerichtig in Zukunft noch stärker betont als bisher die Frage lauten: Wie stellen sich die Dissidenten die Lösung *unseres* Problems vor? Es besteht darin, die Freiheit nicht zu verlieren, während wir versuchen, den Frieden zu erhalten.

Und wie können wir, genau in der Verlängerung dieser noch zu findenden politischen «Linie», es bewerkstelligen oder wenigstens etwas dazu beitragen, dass Frieden und Freiheit auch in den Ländern einziehen, aus denen die Dissidenten gekommen sind, oder wo sie sich immer noch aufhalten, oft vielmehr auf- und festgehalten werden?

Wenn wir einmal erkannt haben, dass nur eine solche Politik vonnöten ist, die den Frieden und die Freiheit ganz Europas als auf die Dauer «unteilbar», um Litwinow zu zitieren, betrachtet, müssen wir auch anderes zur Kenntnis nehmen: die Meinungen

**Die Sonnenfeldt-Doktrin: die internen Spannungen im Gegenlager abbauen, damit es nicht nach aussen explodiert. Eine logische Ueberlegung. Aber sie bezieht sich auf das falsche Objekt.**

und Ueberzeugungen jener Experten Amerikas, Englands, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland – zu denen übrigens der Friedensforscher des Max-Planck-Institutes und Berater des Bundeskanzlers Schmidt, Carl Friedrich von Weizsäcker, gehört –, die eine kriegerische Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion und ihren Warschauer Pakt in den 80er Jahren nicht bloss für möglich, sondern für wahrscheinlich halten. Sie gehen von evidenter historischer Erfahrung, von konkreten Daten und kaum widerlegbarer Logik aus.

Gerade diese Warnungen vor den äussersten, gefährlichsten Konsequenzen unserer bisherigen Politik gegenüber dem Sowjetimperium hören wir ja immer von «den Dissidenten». Spräche ich nicht vor Fachleuten und Kennern, müsste ich spätestens hier definieren, was ein Dissident ist, und Unterscheidungen, Kategorien einführen. Was übrigens noch fehlt, ist eine umfassende Darstellung der Dissidentenbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg, vor allem seit der Ära Chruschtschow; in diesem Buche wäre es von höchstem Interesse, die Geschichte der Entstehung dieser Bewegung im gesamten Ostblock zurückzuverfolgen, mit ihren teilweise aufeinander bezogenen, teilweise aber auch unabhängig und spontan entstandenen Anfängen. Eine der Unterscheidungen, auf die wir bei einer solchen Untersuchung stossen würden, ist die schon genannte Tatsache, dass es Dissidenten gibt, die in ihren Heimatländern wirken, und andere, die sich freiwillig oder gezwungenermassen «bei uns» befinden, das heisst im westlichen Exil: und dass zwar regelmässig die Exildissidenten in ihrer Heimat an unmittelbar politischem Einfluss einbüssen – fast genau in dem Masse, wie es die Machthaber dort vorgesehen haben –, dass aber andererseits eine ganze Anzahl dieser Emigranten erst in unserer freien Welt dazu gekommen sind, ihre Gedanken und Meinungen in eine systematische Ordnung zu bringen und in unverklausurierter Sprache zu äussern.

**Früher trugen Staatsmänner Konflikte unter ihresgleichen aus. Aber Konflikte zwischen Systemen unterliegen andern Regeln. Das müssen die verspäteten Metternichs im Westen noch lernen.**

Wir müssen weiter unterscheiden zwischen sowjetischen Dissidenten, die mit der Beschaffenheit ihres Regimes nicht zufrieden sind, aber sich über das Unheil des grossrussischen Imperiums für die Völker Europas und Asiens kaum Gedanken machen, und jenen Freiheitskämpfern Osteuropas, für welche die Begriffe «russisch» und «sowjetisch» nahezu deklungsgleich geworden sind; wir haben zu unterscheiden zwischen unbekanntem Dissidenten und Dissidenten, die als solche schon berühmt waren, ehe sie zu uns gekommen sind – und als Autoritäten vom ersten Tage ihres Auftretens an bei uns gefeiert wurden, wobei so mancher uns durch die Stagnation seiner Gedankenwelt enttäuscht hat und uns in unserer Erkenntnis bestärkt hat, dass Männer der Tat noch nicht unbedingt Menschen des politischen Denkens sein müssen und dass bedeutende Lyriker und Romanciers ebenfalls noch keineswegs über sozusagen angeborene Einsicht in das Zustandekommen politischer Entwicklungsprozesse verfügen. Und schliesslich haben wir, die wir beruflich und aus leidenschaftlicher Neugier mit immer neuen, oft durchaus unbekanntem, unberühmten und vielfach auch ganz jungen Oppositionellen und Verfolgten aus dem Osten zusammenkommen, die Erfahrung gemacht, dass sich unter ihnen gedankenreiche Gesprächspartner finden, deren Erkenntnisse und Einsichten von grosser Bedeutung sein können.

**Entspannung ja oder nein? Das ist nicht die Frage. Die Frage ist: Entspannung mit wem? Mit den Herren oder mit den Knechten?**

Ich habe hier, exemplarisch, drei Textstellen herausgeschrieben, die, von drei untereinander extrem verschiedenen Autoren stammend, sich mit unserem Thema beschäftigen. Die erste ist von Milovan Djilas, dem ehemaligen Machthaber, dem Mann aus der Praxis an der obersten Spitze seines Staates, der zum Ersten der grossen Dissidenten der Nachkriegszeit wurde und zu einem der strengsten und, schon weil er im Lande geblieben ist, auch mutigsten Kritiker und Analytiker des sowjetischen, aber auch des allgemein kommunistischen Systems geworden ist. Die zweite stammt von dem um fast zwei Generationen jüngeren sowjetischen Physiker Dimitrij Michejew, der, nach sechs Jahren Lagerhaft, jetzt in den Westen gekommen ist. Er ist ein frischer Zeuge der jüngsten Entwicklung. Die dritte Textstelle stammt von einem vergleichsweise wieder alten, erfahrenen Denker, einem ehemals «führenden Marxist» seines Landes, von Leszek Kolakowski, dem polnischen Philosophen. Alle drei urteilen von durchaus verschiedener Warte her; aber sie haben eines gemein: Sie wenden sich an uns, an das zu politischem Denken fähige Publikum des Westens. Und sie versuchen, uns reinen Wein einzuschenken, auch wenn er sauer ist.

**Verständigung mit den Sklavenhaltern bedeutet Provokation der Versklavten.**

Milovan Djilas hat vor einigen Wochen einem amerikanischen Journalisten ein Interview gegeben; es erschien am 23. August in der «International Herald Tribune», in dem er bekennt – wie er dort feststellt nach langem Nachdenken und dem Studium so gut wie der ganzen, auch der sowjetischen einschlägigen Literatur –, dass er sich zur Revision seiner bisherigen Zukunftsprognosen genötigt sieht: Djilas nimmt Abschied von seiner Hoffnung auf etwaige «Wand-

lungen», auf «Reformen» im Sowjetimperium. «Das Sowjetsystem kann sich selbst nicht verändern. Dies zu glauben wäre Illusion», sagt Džilas. «Darüber hinaus glaube ich nicht mehr an die Möglichkeit einer erfolgreichen Revolution dort, oder einer Reform.» Und Džilas führt weiter aus: «Das soll heissen, dass es weiter bestehen wird bis zu einer grossen Katastrophe, oder zur Fäulnis... Sie (nämlich die Sowjetführer) können mit ihrer militärischen Expansion nicht aufhören. Denn wenn sie aufhörten, begännen sie schon zu faulen. Es ist wie das türkische Reich.»

Der junge sowjetische Physiker Michejew beschreibt seine Erlebnisse im Arbeitslager; er hat dort eine Diskussion mit einem KGB-Offizier. Er, der Häftling, hält dem Repräsentanten der Macht den unermesslichen Schaden vor, den Russland durch sein Auftreten in Osteuropa, in Polen, in Ungarn und der

**Die Vertreter der Dritten Welt wenden sich nicht länger als Bittsteller an den Westen. Und warum sollten es die Aufbegehrenden der Zweiten Welt noch länger tun?**

Tschechoslowakei und durch seine permanente Bedrohung des Westens sich letzten Endes selber zufügt. Und er schreit ihm, seinem Bewacher, ins Gesicht: «Je länger ihr dieses morsche Gebäude abstützt, desto mehr Krach wird es geben, wenn es einstürzt.» Und der Vertreter des totalitären Staates gibt ihm in diesem Dialog, der von Dostojewskij stammen könnte, die Antwort: «Hier zeigt sich Ihre Naivität. Je länger wir existieren, desto gefährlicher wird die Katastrophe sein, und den anderen (also dem Westen) wird nichts anderes übrig bleiben, als uns zu stützen. Ja! Jene, die nichts schmerzlicher wünschen als unseren Sturz, werden uns stützen, damit wir nicht fallen, denn dann wird es zuviel Krach, zuviel Trümmer und Staub geben!»

In diesen Sätzen, die zweifellos repräsentativ sind für die Denkweise der jüngeren Generation der sowjetischen Machthaber, finden wir das genaue Spiegelbild oder den Revers de la Medaille, der Sonnenfeldt-Doktrin: Auch diesem anonymen KGB-Offizier ist die Meinung Džilas' geläufig, dass an diesem System nichts verändert werden kann und dass an seinem Ende nichts anderes stehen kann als «Krach,

**Džilas: Das Sowjetsystem kann sich selbst nicht ändern. Und es muss militärisch expandieren, weil es sonst verfault.**

Trümmer und Staub». Er weiss, dass die Sowjetunion von Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei sich in einem Punkte fundamental unterscheidet: dass nämlich dort, wenn es einmal kracht und staubt, kein grosser Bruder ausserhalb der Grenzen bereitsteht, der imstande wäre, das einmal zusammengestürzte Gefüge der totalitären Macht wieder aufzurichten. Wenn schon das Ende und seine katastrophale Beschaffenheit gewiss sind, so ist es aber nicht dessen Zeitpunkt. Er lässt sich hinausschieben – und hierbei billigt unser KGB-Mann uns, dem Westen, eine wichtige Rolle zu; aus nur allzu berechtigter Angst vor jenen Trümmern – nämlich in die Katastrophe eines Dritten Weltkrieges mit hineingezogen zu werden – wird es dem Westen zukommen, das totalitäre System des Sowjetstaates, soweit

**Szene in einem sowjetischen KZ. Polithäftling: «Je länger ihr das morsche Haus eures Systems abstützt, desto schlimmer wird der Einsturz sein.» KGB-Offizier: «Ja, es wäre die Katastrophe. Und deshalb wird es der Westen sein, der uns stützt.»**

er vermag, mitzustützen, aufrechtzuerhalten, funktional bleiben zu lassen.

Ich lese Ihnen jetzt den von mir ausgewählten Satz Professor Kolakowskis vor, der vor einem halben Jahr in einer vergleichenden Untersuchung über die Eigenschaften des deutschen nationalsozialistischen und des sowjetischen Totalitarismus stand («Merkur» 370, März 1979): «Totalitarismus ist für eine Gesellschaft in einer schweren Krise, in tiefer Verzweiflung eine mögliche Lösung. Keine Theorie mit Voraussagekraft ist in der Lage zu sagen, wann genau es zu solch einer Lösung kommt. Es ist die schlimmstmögliche Lösung – nicht nur wegen des Schreckens und des Leidens, die sie mit sich bringt, sondern auch weil sie drastisch die Möglichkeiten anderer Lösungen in der Zukunft einschränkt und die Bereitschaft der Gesellschaft, sich auf neue Bedingungen einzustellen, auf ein Minimum reduziert.»

Die ebenso tiefe wie unerfreuliche Einsicht Kolakowskis ist nicht geeignet, die pessimistischen Ausblicke von Džilas und Michejew zu relativieren oder zu verharmlosen, im Gegenteil. Denn Kolakowski verweist hier schon auf die Situation nach der «grossen Katastrophe», nach «Trümmern, Staub und Rauch». Und er gibt uns zu verstehen, dass er jenseits dieser katastrophalen Ereignisse ein weiteres, ähnlich totalitäres Herrschaftssystem für wahrscheinlich hält.

**Leszek Kolakowski: Totalitarismus ist eine durchaus mögliche Krisenlösung, wenn auch die schlimmste. Und sie reduziert für die Zukunft einschneidend die Möglichkeit von andern Lösungen.**

Jefim Etkind hat mir gegenüber diese Prognose sogar noch ausgeweitet: Da der sowjetische Totalitarismus, wenn auch in fürchterlicher Parodie, in Orwellscher Umkehrung, alle die Topoi der westlichen Gesellschaft sich einverleibt hat und Begriffe wie «Demokratie», «Wahlen», «Humanität», «Sozialismus» und «Frieden» für sich beansprucht, werde unvermeidlich dereinst der totalitäre nachsowjetische Staat, die «zweite Wiederkehr des Satans», wie es Etkind nennt, offen von den unmenschlichen Gegenbegriffen der Vernichtung geprägt sein, darin der Ideologie und Praxis Hitlers und seiner Leute ähnlich.

In der Tat ist die Chance, dass auf eine Herrschaft jeweils des Schahs jeweils eine solche der Ayatollahs kommt, evidentermassen grösser, als dass in deren Lande, quasi durch Urzeugung, Demokratie entsteht. Wenn ich, damit zum Schlusse kommend, nun zur konkreten und naiven Frage komme, wie wir, der Westen, uns denn nun wirklich verhalten sollen gegenüber der totalitären Bedrohung aus dem Osten – dann bin ich zunächst versucht, die banale Tatsache vorzuschützen, dass wir, die Journalisten, Politolo-

gen, Publizisten und Historiker ja nur mittelbar am politischen decision making beteiligt sind. Wir können nur versuchen, den Verantwortlichen die Augen zu öffnen. Sie sollen nicht wieder, schon wieder, nachher sagen dürfen, sie hätten nichts gewusst.

Wir können auf die gesellschaftlich-politischen Entwicklungen, auf die historischen Prozesse aufmerksam machen und die ihnen zugrunde liegenden Kräfteverhältnisse sichtbar werden lassen. Bei diesen Prozessen, als handelte es sich um solche vor Gericht, können wir die Dissidenten als Zeugen und Sachverständige vernehmen.

Mitentscheiden können wir nicht, aber wir sollen uns hinter dieser Ohnmacht – die ja ein Resultat der Gesellschaftsordnung ist, die wir verteidigen – nicht verstecken. Es ist unsere Pflicht, uns so zu verhalten, wie es Raymond Aron von Max Weber rühmt, nämlich jederzeit Rede und Antwort darüber zu stehen, wie wir uns verhielten, wie wir entscheiden würden, wenn wir der verantwortliche Mensch wären.

Und dazu habe ich zwei Antworten. Die erste auszusprechen fällt mir hier in Bern vielleicht leichter als in irgendeiner andern Stadt Europas: Wenn man bis zum äussersten entschlossen ist, sich zu verteidigen, und diese Entschlossenheit glaubhaft daturt, dann ist es möglich, auch gegenüber einem militärisch überlegenen Feind sich zu behaupten. Dann ist es möglich, lehrt uns die schweizerische Tradition, die Katastrophe, die Trümmer und den Staub in seine Schranken zu verweisen. Wenn also alle diese Helsinki- und SALT-Verträge tatsächlich dazu führen und letzten Endes auch dazu dienen sollen, die Herrschaft des leninistischen Totalitarismus über Russland und die Herrschaft der Sowjets über einen Drittel Europas und die Hälfte Asiens zu verlängern, dann ist dieser Zeitverlust nur dadurch zu rechtfertigen, dass wir die Frist nutzen, uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht noch verletzlicher, sondern weniger angreifbar zu machen.

Und auch auf jene minimalen Chancen, von denen Kolakowski spricht, auf die Chancen nämlich, dass auf den kollektiven Schah im Kreml nicht automatisch die Herrschaft der Ayatollahs folgt, haben wir Möglichkeiten, einzuwirken. Die minimalen Chancen von heute können die grossen Chancen von morgen sein.

Denn diejenigen, die nach der Katastrophe das Schicksal jener Länder und Nationen bestimmen werden, die heute zum Sowjetreich gehören oder ihm unterworfen sind, sind ja unter den «Dissidenten» zu suchen; sie leben teilweise mitten unter uns. Schon aus diesem Grunde ist es unsere äusserst wichtige Pflicht, mit diesen Menschen Umgang zu pflegen, ihre Zukunftsvorstellungen zu erforschen, auf diese Vorstellungen einzuwirken.

Auf Aristoteles wird die Sentenz zurückgeführt, dass der Mensch «das dümmste aller – Tiere» sei, «denn er läuft immer in die gleichen Fallen». Rein empirisch mag das zutreffen – aber ich will an eine fatale Gesetzmässigkeit nicht glauben. Es könnte ja auch einmal sein, dass es nicht der Ayatollah ist, der, unter dem Klang der Marseillaise, in einer Air-Force-Maschine von Paris nach Teheran geflogen wird; es könnte ja auch einmal sein, dass es nicht Lenin ist, der im kaiserlichen Sonderzug von Zürich nach Moskau gefahren wird. ■

**SALT-Verträge usw. haben die Wirkung und wohl auch die Absicht, die totalitäre Herrschaft zu verlängern. Aber wenigstens sollten wir die Zeit nicht dazu «nutzen», uns noch verletzlicher zu machen.**